

## **Verbände lehnen Sparpaket der Regierung rundweg ab**

**Diakonie: Schwache zahlen die Zeche - Arbeitslose kündigen „sozialen Widerstand“ an**

Berlin/Bonn (epd). Der geplante Sparkurs der Bundesregierung stößt bei den Sozialverbänden einhellig auf Ablehnung. Der Paritätische Wohlfahrtsverband sprach am Montag in Berlin von „absolut inakzeptablen Beschlüssen“. Der Sozialverband VdK Deutschland bezeichnete es als „völlig verfehlt, bei denjenigen Bevölkerungsgruppen den Rotstift anzusetzen, die bereits in Armut leben oder von Armut bedroht sind“. Auch die Arbeiterwohlfahrt und die Diakonie gingen auf Distanz.

Unmittelbar nach Bekanntwerden der Sparbeschlüsse forderte der paritätische Wohlfahrtsverband die Rücknahme der arbeitsmarktpolitischen Kürzungen und warnte vor dem Auseinanderbrechen der Gesellschaft. Zur Konsolidierung des Bundeshaushalts sei vor allem die Beseitigung von Steuerprivilegien notwendig, etwa für Erben und Vermögende.

„Statt von den Starken zu nehmen, um den Schwachen zu helfen, wird skrupellos ausgerechnet bei den Ärmsten gespart“, kritisierte Hauptgeschäftsführer Ulrich Schneider in Berlin. Spitzenverdiener und Vermögende blieben von den Sparmaßnahmen so gut wie ausgenommen. „Die Regierung muss sich endlich an die Einnahmenseite herantrauen“, forderte Schneider.

Die bei der Koalitions Klausur beschlossenen Kürzungen bei Hartz IV dienten vor allem der Drangsalierung von Arbeitslosen und hätten keinen nennenswerten finanzpolitischen Effekt. Die angekündigten arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen brächten lediglich Einsparungen von rund 500 Millionen Euro.

VdK-Präsidentin Ulrike Mascher warnte davor, „der Sparkurs sowie die zu erwartenden Zusatzbeiträge in der gesetzlichen Krankenversicherung werden die Armutstendenzen bei Jung und Alt verstärken“. Sozialabbau sei der falsche Weg, weil die Kaufkraft breiter Bevölkerungsgruppen sinke und dadurch die Konjunktur weiter geschwächt werde.

Die VdK-Chefin sagte weiter, durch den geplanten Wegfall der Zuschläge beim Übergang von Arbeitslosengeld I zu Arbeitslosengeld II fielen Arbeitslose noch schneller auf Hartz-IV-Niveau. Werde zudem bei den Wiedereingliederungsmaßnahmen der Bundesagentur für Arbeit drastisch gespart, würden ältere und gesundheitlich beeinträchtigte Arbeitslose „noch schlechter als bisher einen neuen Job finden“. Die VdK-Präsidentin machte sich stattdessen für eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes von 42 auf mindestens 47 Prozent stark.

Die „soziale Kälte dieser Sparpolitik ist ein gesellschaftlicher Sündenfall“, bemängelte die Arbeiterwohlfahrt (AWO). Das Sparpaket sei „völlig unausgewogen und inakzeptabel“, sagte AWO-Vorsitzender Wilhelm Schmidt. Auch er forderte, „die starken Schultern angemessen zur Finanzierung des Sozialstaates heranzuziehen. Andernfalls sei der soziale Frieden im Land gefährdet.“

Die Diakonie in Bayern lehnte die Sparbeschlüsse ebenfalls rundweg ab. „Die Zeche zahlen die Schwachen, das Klientel der Regierungsparteien kann sich zurücklehnen“, stellte Diakonie-Präsident Ludwig Markert in Nürnberg fest. „Das Sparpaket ist zutiefst ungerecht und kurzsichtig.“ Skandalös nannte Markert die geplante Streichung des Heizkostenzuschusses für Geringverdienende und die Streichung des Elterngeldes in Höhe von 300 Euro für Hartz-IV-Empfänger.

Das Erwerbslosen Forum Deutschland kündigte „sozialen Widerstand“ gegen das Sparpaket an. Bis 2014 solle die Rekordsumme von rund 80 Milliarden Euro ausschließlich zu Lasten von armen Menschen eingespart werden. „Einfach so hinnehmen werden wir diese Sparorgie auf keinen Fall“, sagte Sprecher Martin Behrsing.

Die Bundesregierung will im kommenden Jahr bei der Arbeitsmarktpolitik 4,3 Milliarden Euro einsparen und beim Elterngeld 600 Millionen. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) erklärte nach der Haushaltsklausur des Kabinetts in Berlin, in der Arbeitsmarktpolitik setze man auf einen effizienten Einsatz der Mittel zur Arbeitsförderung und Anreize zur Arbeitsaufnahme. Zahlreiche Pflichtleistungen aus der Arbeitsförderung sollten in Ermessensleistungen umgewandelt werden. Das Elterngeld für Hartz-IV-Empfänger in Höhe von 300 Euro im Monat solle gestrichen werden.

---

## Kürzungen für Geringverdiener, Rentner und Arbeitslose

Berlin (epd). Auf Geringverdiener, Rentner und Arbeitslose kommen Kürzungen zu. Das Bundeskabinett beschloss am Montag in Berlin, die Zahlungen für Langzeitarbeitslose an die Rentenversicherung zu streichen. Gestrichen wird auch der Zuschlag im Anschluss an das Arbeitslosengeld I in den ersten beiden Jahren des Hartz-IV-Bezugs. Außerdem soll der Heizkostenzuschuss für Wohngeldempfänger entfallen.

Derzeit zahlt die Bundesagentur für Arbeit (BA) für jeden arbeitsfähigen Hartz-IV-Empfänger einen monatlichen Pauschalbetrag von rund 41 Euro zur Rentenversicherung. Dadurch steigt die Rente des Arbeitslosen nach Angaben der Deutschen Rentenversicherung pro Jahr um 2,09 Euro.

Der Pauschalbetrag soll ab dem kommenden Jahr entfallen. Die Einsparungen werden mit 1,8 Milliarden Euro angegeben. Für die Arbeitslosen hat die Streichung zur Folge, dass ihre Rentensprüche während der Arbeitslosigkeit stagnieren. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) sagte dazu, mit den BA-Zahlungen an die Rentenversicherung würden zu geringe Ansprüche erworben.

Mit der Streichung des Zuschlags im Anschluss an das Arbeitslosengeld I, der bisher zwei Jahre lang gezahlt wird, sollen 200 Millionen Euro eingespart werden. Der Zuschlag war mit der Hartz-Reform eingeführt worden, um den finanziellen Absturz der Betroffenen abzufedern, wenn das Arbeitslosengeld I ausgelaufen ist. Der Höchstsatz für einen Single beträgt 160 Euro im Monat, für Paare 320, für jedes Kind 60 Euro. Tatsächlich erhalten Hartz-IV-Haushalte derzeit nach Angaben der BA durchschnittlich 110 Euro im Monat.

An den Laufzeiten des Arbeitslosengeldes I ändert sich nichts. Merkel sagte, wenn es nach der FDP gegangen wäre, wäre das Arbeitslosengeld I verkürzt worden. Doch habe dies die Union nicht gewollt.

Von der Streichung der Heizkostenzuschüsse für Wohngeldempfänger verspricht sich das Kabinett Einsparungen von 100 Millionen Euro. Der Zuschuss war zu Beginn vorigen Jahres wegen der stetig steigenden Energiekosten eingeführt worden und beträgt je nach Haushaltsgröße und Miethöhe von 24 Euro im Monat für eine Person bis 50 Euro und mehr. Die Kürzung trifft neben Geringverdienern vor allem Rentner. Von den 800.000 Wohngeldempfängern sind nach Angaben des Deutschen Mieterbundes etwa die Hälfte Rentner.